

## **ANTRAG**

**der Fraktion der NPD**

### **Selbstbestimmungsrecht der Völker achten - Militäreinsätze der Bundeswehr im Ausland stoppen**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag spricht sich gegen eine weitere Beteiligung deutscher Soldaten an militärischen Aktionen im Ausland - insbesondere in Afghanistan - aus. Ausdrücklich betont der Landtag auch unter Einbeziehung des Artikels 18 a der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, dass Konfliktlösung, Stabilisierung und Sicherheit nicht durch Waffengewalt und Gewaltpolitik erfolgen können.
2. Der Landtag bekennt sich zum Friedensgebot des Grundgesetzes und zur strikten Bindung an das Völkerrecht. Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik, nicht Gewaltpolitik.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Bundesregierung über eine Bundesratsinitiative zu bewegen, alle Auslandseinsätze deutscher Truppen schrittweise zu beenden und fordert weitergehend, dass
  - a) Kampfeinsätze der Bundeswehr nur auf Grundlage Art. 115 a GG erfolgen dürfen.
  - b) alle militärischen Einsätze deutscher Soldaten im Ausland eingestellt und die Truppen zurückbeordert werden.
  - c) die dadurch eingesparten Mittel aus dem Bundeshaushalt für zivile Projekte zuvorderst in Deutschland einzusetzen sind.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, über ihre Gespräche mit der Bundesregierung zu berichten und bis zum 31.12.2008 einen abschließenden Bericht vorzulegen.

**Udo Pastörs und Fraktion**

**Begründung:**

Die Souveränität eines Staates setzt voraus, sich nicht durch Dritte seine Außen- und Sicherheitspolitik vorschreiben zu lassen. Dem Druck der USA und der Nato muss die Bundesregierung standhalten.

Die Glaubwürdigkeit deutscher Friedenspolitik hat durch die militärischen Einsätze der Bundeswehr außerhalb der Bundesrepublik schweren Schaden genommen. Mit den Auslandseinsätzen beteiligt sich unser Land bereits an Kampfhandlungen, die mit der Landesverteidigung Deutschlands nichts zu tun haben.

Die Bundesregierung hat durch die Entsendung deutscher Truppen die Aufmerksamkeit international operierender Terrororganisationen auf unser Land gezogen und somit die innere Sicherheit sowie Leben und Gesundheit unserer Zivilbevölkerung aufs äußerste gefährdet.

Anschläge auf deutschem Boden wurden bereits geplant; vor neuen Anschlägen und Terrorgefahr wird bereits gewarnt.

Deutsche Außenpolitik hat in erster Linie Friedenspolitik zu sein. Die Bindung an das Völkerrecht ist grundlegende Voraussetzung. Eine Beteiligung an Angriffskriegen verbietet sich daher.

Die Politik hat sich dem Volkswillen zu fügen. Die große Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung lehnt die Auslandseinsätze der Bundeswehr ab.